

50 Jahre DGVT – Chronologie der Ereignisse

zusammengestellt von Bernhard Scholten nach Berichten in den GVT/DGVT-Mitteilungen und der Verhaltenstherapie und psychosozialen Praxis (VPP)

Teil 1: Die ersten 25 Jahre von der Vorgeschichte über 1968 bis 1992

Vorgeschichte:

In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelten Burrhus F. Skinner in den USA, Hans-Jürgen Eysenck in England sowie Joseph Wolpe und Arnold Lazarus zuerst in Südafrika, später in den USA erste auf lernpsychologischen Grundlagen beruhende psychotherapeutische Methoden, die sie „Behaviour Therapy“ oder „Behavior Therapy“ gelegentlich auch „Behavior modification“ nannten.

Erna Duhm und Albert Görres brachten diese im anglo-amerikanischen Raum entwickelten Methoden nach Deutschland; Duhm nach Göttingen, Görres erst nach Mainz, dann nach München. Sie boten erste „verhaltenstherapeutische Seminare“ an.

1963 gründete sich die Sektion Klinische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP). 1965 wird Johannes C. Brengelmann Leiter der psychologischen Abteilung des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie (MPI) in München. Brengelmann vertritt einen streng behavioralen Kurs.

1966 wird Albert Görres erster Inhaber eines Lehrstuhls für klinische Psychologie an der LMU München. Jarg Bergold und Klaus M. Mandler übernehmen die Leitung der verhaltenstherapeutischen Ambulanz an der LMU. An der 1964 neugegründeten Ruhr-Universität Bochum wird 1966 eine Beratungsstelle für Studierende unter Leitung von Eva Jaeggi und Ingeborg Jöhrens eingerichtet, die verhaltenstherapeutisch arbeitet.

1968

Die Gesellschaft zur Förderung der Verhaltenstherapie wird in München (GVT) gegründet. Johannes Brengelmann, Peter Gottwald, Jarg Bergold, Eibe-Rudolf Rey, Wolfgang Tunner bilden den 1. Vorstand. Lilly Kemmler erhält den Lehrstuhl für klinische Psychologie in Münster. Frederick C. Kanfer ist mit einem Fulbright-Stipendium an der Ruhr-Universität Bochum.

Die erste große Koalition unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt wollen die Notstandsgesetze gegen den Widerstand der außerparlamentarischen Opposition durchsetzen. Es gibt Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg. Gudrun Ensslin und Bader Meinhof legen Brandsätze in einem Frankfurter Kaufhaus. Im April wird Martin Luther King jr., im Juni Robert Fr. Kennedy ermordet. Am 23. August beendet der Warschauer Pakt mit der Besetzung der CSSR den Prager Frühling.

Das Bundessozialgericht entscheidet, dass Sucht eine krankenhauspflegebedürftige Erkrankung ist.

1969

Die Mitteilungen der GVT erscheinen zum ersten Mal. Rudolf Cohen erhält den Ruf auf einen Lehrstuhl für klinische Psychologie an der neugegründeten Universität Konstanz. Er entwickelt mit Irmela Florin, Susanne Davie-Osterkamp und Helmut Sell in der psychiatrischen Klinik Reichenau eine erste VT-Station.

Der Dt. Bundestag beschließt das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und stellt damit Arbeiterinnen und Arbeiter, die bis dahin im Krankheitsfall nur 35 % des Nettolohns erhielten, den Angestellten gleich.

Gustav Heinemann löst Heinrich Lübke als Bundespräsident ab, Willy Brandt wird Bundeskanzler einer sozialliberalen Koalition und verspricht „mehr Demokratie (zu) wagen“. Am 20. Juli betritt Neil Armstrong als erster Mensch den Mond.

1970

Der erste GVT-Kongress in München hat mehrere hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Kanfer ist auf Einladung von Heinz Heckhausen mit einem Fullbright-Stipendium für sechs Monate in Deutschland, vor allem in Bochum, Münster und München, und gibt Workshops in Verhaltenstherapie.

Die Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie (GwG) wird gegründet. Am Zentralinstitut für seelische Gesundheit der Universität Mannheim ein Kreis junger kritischer Psychiater; sie gründen die Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP).

Übergriffe in Jugendhilfeeinrichtungen werden bekannt. Ulrike Meinhofs Film „Bambule“ dokumentiert die Übergriffe und die „schwarze Pädagogik“. Parallel entsteht die RAF nach der Befreiung von Gudrun Ensslin und Andreas Baader. Egon Bahr verhandelt den Moskauer Vertrag. Willy Brandt besucht Erfurt/DDR.

1971

Der erste Kongress der European Association of Behavior Therapy (EABT) findet mit ca. 1.200 Personen aus 14 Ländern gemeinsam mit dem 3. GVT-Kongress in München statt. Studierende fordern eine universitäre Ausbildung. Der Deutsche Berufsverband für Verhaltenstherapie (DBV) wird mit dem Ziel, die Ausbildung zu vereinheitlichen und zu professionalisieren, gegründet. Das Arbeitsamt zahlt (zum Teil) die Ausbildung. Dietmar Schulte ist 1. Vorsitzender, Gründungsmitglieder sind Florin, Gottwald; Graefe; Heyse; Jaeggi; Kallinke; Tunner. Die GVT-Mitteilungen sind auch das Organ des DBV.

Der Dt. Bundestag setzt die Psychiatrie-Enquete ein. Die Aktion psychisch Kranker e.V. wird gegründet.

Walter Ulbricht wird von Erick Honecker als SED-Generalsekretär abgelöst. BRD und DDR verhandeln ein Transitabkommen und den Grundlagenvertrag.

1972

4. GVT-Kongress – erstmals gemeinsam mit dem DBV in Münster; Studierende organisieren ein Symposium zur „Gesellschaftlichen Organisation psychischen Leidens“. Im GVT-Vorstand kommt zu einem fachlichen Disput zwischen den klassischen Be-

havioristen um Johannes Brengelmann und den Befürwortern einer psychosozial-orientierten Verhaltenstherapie um Jarg Bergold und Peter Gottwald. Der Vorstand tritt zurück. Es wird ein Notvorstand gebildet. Brengelmann gründet die Bayerische Gesellschaft für Verhaltenstherapie.

In Italien wirbt Franco Basaglia mit dem Slogan „Freiheit heilt“ für eine Öffnung der Psychiatrie. Der „Krankheitsmythos“ in der Psychiatrie wird fachlich und politisch thematisiert (u.a. Heiner Keupp, Thomas Sasz, Ervin Goffman, David Rosenhan).

Die Ministerpräsidenten der Länder beschließen den sogenannten „Radikalenerlass“ (Berufsverbote). Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen im Grundlagenvertrag führt zu einem Misstrauensvotum gegen Willy Brandt. Dieses scheitert. Im Sommer werden Baader, Ensslin, Meinhof verhaftet. Die SPD wird durch die Bundestagswahl stärkste Partei. Der Club of Rome veröffentlicht seine Studie „Die Grenzen des Wachstums“.

1973

Die GVT auf der Mitgliederversammlung während des GVT-Kongresses in München wählt mit Peter Gottwald, Christoph Kraiker, Dieter Kleiber, Jarg Bergold und Peter Fiedler einen neuen Vorstand. In der MV wird heftig über die Frage, wie die Ausbildung organisiert werden soll, gestritten. Peter Fiedler, der Kurse für den DBV anbietet, wird deshalb nur knapp in den Vorstand gewählt. Die MV fordert den GVT-Vorstand auf, mit dem DBV Verhandlungen über eine Vereinigung der beiden Verbände zu führen.

Die 2. Sozialliberale Koalition reformiert das Sexualstrafrecht und beschließt einen ersten Anwerbestopp für die sogenannten „Gastarbeiter“. Die Konjunktur flaut ab. Die erste Energiekrise führt zu autofreien Autobahnen an den Novembersonntagen. Im Chile beendet ein Militärputsch am 11. September die Demokratie.

1974

GVT- und DBV-Vorstand verhandeln über einen Zusammenschluss der beiden Verbände. Studierende in der GVT haben mittlerweile eine Art Curriculum für eine selbstorganisierte VT-Ausbildung in regionalen GVT-Arbeitskreisen entwickelt. Die ersten Arbeitskreise nehmen ihre Arbeit auf.

Die sozialliberale Koalition hat das Schwerbehindertenrecht überarbeitet und verschafft Menschen mit Behinderungen durch finanzielle Fördermöglichkeiten der Hauptfürsorgestellen (heute Integrationsämter) einen leichteren Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt.

Willy Brandt tritt aufgrund der Guillaume-Affäre zurück; Helmut Schmidt wird Bundeskanzler. Präsident Nixon tritt zurück. Es gibt erste Proteste gegen Atomkraftwerke in Deutschland. In Griechenland und in Portugal enden die Militärdiktaturen durch einen friedlichen Aufstand der Bevölkerung.

1975

Die GVT-Jahrestagung (in späteren Zählungen, der 7. GVT-Kongress) findet in Bochum statt. Auf der Mitgliederversammlung werden Robert Anneken, Steffen Fliegel,

Wolfgang Groeger, Gerd Möhlenkamp und Dirk Zimmer in den GVT-Vorstand gewählt. Die Verhandlungen zum Zusammenschluss werden intensiver. Teile des DBV-Vorstandes wie Dietmar Schulte und Alexa Franke arbeiten wie Steffen Fliegel und Wolfgang Groeger an der Universität Bochum.

Das Gesetz über die Herabsetzung der Volljährigkeit (von 21 auf 18 Jahren) tritt in Kraft. Die Arbeitslosenquote in der BRD liegt erstmals bei rund 5 Prozent. Die UN hat das Jahr zum „Jahr der Frau“ erklärt. In Mexiko-Stadt findet die erste UN-Weltfrauenkonferenz statt. Mit dem Einmarsch der nordvietnamesischen Truppen in Saigon Ende April endet der Vietnamkrieg.

1976

Erster Kongress für Verhaltenstherapie und Gesundheitspolitik an der Freien Universität Berlin. GVT und DBV schließen sich zur Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) zusammen. Vorstandsmitglieder sind Dirk Zimmer, Alexa Franke, Steffen Fliegel, Bernd Röhrle und Wolfgang Wilfert. Die Geschäftsstelle zieht von Bochum nach Tübingen in die Uhlandstr. 2 um. Es gibt erste festangestellte Mitarbeiterinnen. Die selbstorganisierte VT-Ausbildung wird bis zu einem Psychotherapeutengesetz Standard in der DGVT. Die Aus- und Weiterbildungskommission (AWK) formuliert die Ausbildungsrichtlinien, die Anerkennungskommission (ANK) prüft, ob diese eingehalten werden, begutachtet die notwendigen vier schriftlich vorgelegten Fälle und spricht die Anerkennung aus.

Politisches Ziel des DGVT-Vorstandes ist es Einfluss auf das geplante Psychotherapeutengesetz zu nehmen. Es gibt erste Gespräche mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ötv – heute: Ver.di), der GwG und der DGSP. Die Arbeitsgemeinschaft der Psychotherapieverbände aus DGPPT, DGIP, DGVT und der Sektion Klinische Psychologie im BDP wird gegründet. Mit den neuen Psychotherapieerichtlinien wird das Delegationsverfahren eingeführt. Die Vorstandsarbeit wird kritisch von der Gesundheitspolitischen Kommission (GPK) begleitet.

Nach massiven Protesten von Frauen „Wir haben abgetrieben“ wird das Abtreibungsrecht (§ 218 StGB) grundlegend reformiert. Die Psychiatrie-Enquete wird vorgelegt, sie fordert eine Abschaffung der Langzeitpsychiatrie und den Aufbau gemeindenaher Versorgungsstrukturen. Erst gibt erste Diskussionen über die „Grenzen des Sozialstaats“. Helmut Schmidt gewinnt die Bundestagswahl gegen Helmut Kohl. Im November wird Wolf Biermann nach einem Konzert in Köln aus der DDR ausgebürgert. In Spanien endet die Franco-Diktatur.

1977

Der DGVT-Kongress findet erneut in Berlin statt. Auf der Mitgliederversammlung wird Thomas Heyden für Wolfgang Wilfert, der aus eigenem Wunsch aus dem Vorstand ausscheidet, in den Vorstand gewählt. Der Vorstand bezieht u.a. Stellung zum geplanten Psychotherapeutengesetz und zur Frage der Kassenabrechnung psychotherapeutischer Heilverfahren.

Die von der Mitgliederversammlung 1976 einberufende Kommission gegen Berufsverbote nimmt ihre Arbeit auf. Grund für die Einberufung war, dass DGVT-Mitglieder, die als Studierende Mitglied z.B. des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), des

Marxistischen Stundenbundes (MSB) Spartakus, des Kommunistischen Bundes Westdeutschland oder anderen sozialistisch-orientierten Gruppen waren, keine Stellen im öffentlichen Dienst erhielten.

Sozialpolitisch bedeutsam sind das erste Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz, mit dem erste soziale Reformen aus den Anfängen der 70iger Jahre zurückgenommen werden, da es aufgrund der abschwächenden Konjunktur auch zu einem geringeren finanziellen Aufkommen in den Sozialversicherungen kommt.

Das Jahr 1977 wird durch die RAF-Attentate geprägt. Der „Deutscher Herbst“ endet mit der Ermordung von Hans-Martin Schleyer und der Entführung der Lufthansa-Maschine Landshut.

1978

Der DGVT-Kongress findet erstmals in Hamburg statt. Auf der Mitgliederversammlung werden Steffen Fliegel, Thomas Heyden, Dieter Jarzombek, Bernd Röhrle und Dirk Zimmer zum Vorstand gewählt. Die MV fordert den Vorstand auf, eine Gesundheitspolitische Kommission (GPK) einzusetzen.

Das Bundesgesundheitsministerium legt den Entwurf eines „Gesetzes über den Beruf des Psychotherapeuten“ vor. Die Kritik an dem Entwurf ist vielfältig und findet auf unterschiedlichen Ebenen statt: Die Ärzteverbände stimmten mit vielen Bedenken der Schaffung einer psychologischen Psychotherapie zu, forderten aber die Einbindung dieser Psychotherapie in das ärztliche Versorgungssystem und einen Vorrang ärztlicher vor psychologisch-psychotherapeutischer Leistungen. Andere Psychotherapie-Verbände kritisierten die psychologischen Psychotherapieverfahren wie VT und GT als technizistisch und unwissenschaftlich. Die Plattform-Verbände (DGVT, GwG und DGSP) sowie die Gewerkschaften verwiesen auf die möglichen negativen gesundheitspolitischen Auswirkungen, kritisierten die Reproduktion des medizinischen Modells und forderten stattdessen die Entwicklung eines bio-psychozialen Ansatzes mit Multiprofessionalität und gemeindepsychiatrisch und -psychologischen Perspektiven. Ihre Kritik: Die Forderungen der Psychiatrie-Enquete kommen nicht vor.

Die Rücknahme von Sozialreformen gehen mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz weiter. Das Jahr 1978 geht als „Drei-Päpste-Jahr“ in die Geschichtsbücher ein. Karol Wojtyla, Erzbischof von Krakau, wird nach dem Tod von Papst Paul VI und Johannes Paul I zum Papst gewählt. Er nimmt den Namen Johannes Paul II an.

1979

In der DGVT gehen die Diskussionen um die Auswirkungen des geplanten Psychotherapeutengesetzes weiter. GwG und DGVT treten wegen unüberbrückbarer Gegensätze aus der Arbeitsgemeinschaft der Therapieverbände (AGTV) aus. Stattdessen gibt es Gespräche mit der GwG und der DGSP und ein gemeinsames Positionspapier „Keine Psychotherapie auf Krankenschein“. Gemeinsames Ziel ist die Reform der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung; in Einzelpraxen finden nur Einzeltherapien statt, die aber keine grundlegende Veränderung möglich machen. Gemeinsam mit den Plattformverbänden, der Gewerkschaft ÖTV und der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) fordert die DGVT

ambulante Gesundheitszentren (Ambulatorien) mit einer multiprofessionellen Ausrichtung. Die DGVT lädt zu einem Treffen der Gewerkschaftsmitglieder nach Marburg ein.

Zur Förderung der Verhaltenstherapie erscheint erstmals bei der DGVT die deutsche Übersetzung des von *Franks & Wilson* herausgegebenen Jahresüberblick 1978.

Die Bundesregierung startet das auf fünf Jahre ausgelegte und 500 Mio. DM teure Modellprogramm Psychiatrie, in dem in 14 Regionen rund 140 neue Versorgungsmodelle erprobt werden sollen. Aus verfassungsrechtlichen Bedenken beteiligen sich die CDU-geführten Länder nicht an diesem Programm.

Trotz der Unterzeichnung der SALT II Verträge, in denen eine Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vereinbart wurde, durch Jimmy Carter und Leonid Breschnew kommt es zum NATO-Doppelbeschluss, dessen Ziel es ist, die UdSSR durch die Aufstellung von atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa zu weiteren Zugeständnisse zu bewegen. In Frankfurt gründet sich die Partei DIE GRÜNEN. In Iran siegt die „islamische Revolution“. Ajatollah Khomeini wird Staatsoberhaupt.

1980

Kongress für klinische Psychologie und Psychotherapie – gemeinsam mit der GwG an der Freien Universität Berlin. Die interverbandliche Debatte über den politischen Weg der DGVT – gemeindepsychologische Perspektiven versus berufsrechtliche Vertretung und Sicherung des Psychotherapeutenberufes – gewinnt an Schärfe, denn die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat mit dem Verband der Angestellten-Ersatzkassen (VdAK) einen Vertrag über die Einbeziehung der Verhaltenstherapie in das Delegationsverfahren (Arzt-Ersatzkassen-Vertrag) abgeschlossen. Gleichzeitig gründet sich in Bad Dürkheim der Fachverband für klinische Verhaltenstherapie (FKV), in dem sich ärztlich und psychologisch ausgebildete Personen zusammenschließen, um sich am Delegationsverfahren zu beteiligen. In der DGVT gründet sich eine Arbeitsgemeinschaft verhaltenstherapeutischer Ärzte (AVTÄ), die ein ähnliches Ziel verfolgt.

DGVT, GwG und DGSP legen eine Stellungnahme zur Ausbildungssituation im Fach Klinische Psychologie an den Hochschuleinrichtungen der BRD und West-Berlin vor. Zentrale Forderung ist ein berufsqualifizierendes Studium in klinischer Psychologie und Psychotherapie. Die Mitgliederversammlung wählt Thomas Heyden, Ingrid Jost, Dieter Jarzombek, Bernd Röhrle und Bernhard Scholten in den Vorstand.

Die Zahl der Arbeitslosen in der BRD beträgt erstmals mehr als 1 Millionen. Die DGVT veröffentlicht eine erste Stellungnahme zu den psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit. Bei Gorleben gibt es große Demonstrationen. In Harrisburg/USA gibt es den ersten „größten anzunehmenden Unfall“ (GAU) in einem Atomkraftwerk. Helmut Schmidt gewinnt die Bundestagswahl gegen Franz-Josef-Strauß. Die UdSSR marschiert in Afghanistan ein. Bei einem Bombenattentat auf dem Münchner Oktoberfest sterben 13 Menschen, 211 werden verletzt, davon 68 schwer. Die Partei DIE GRÜNEN wird gegründet. Iran beginnt den ersten Golfkrieg gegen den Irak.

1981

In der DDR wird der Fachpsychologe für Medizin eingeführt. Er kann heilberuflich tätig werden. In der BRD wird gesundheitspolitisch weiter über die möglichen Auswirkungen des geplanten Psychotherapeutengesetzes gestritten, währenddessen wird mit dem Ersatzkassenvertrag das Delegationsprinzip in die ambulante Versorgung eingeführt. Psychotherapie wird Teil der ärztlichen Versorgung, die von klinischen Psychologinnen und Psychologen ausgeführt wird. Mit dem Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz kommt es zu weiteren Leistungskürzungen, es werden Zuzahlungen für Brillen und Medikamente eingeführt. Die 1977 gegründete Krüppelinitiative wird im „UNO-Jahr der Behinderten“ aktiv; bei der REHA 81 schlägt Franz Christoph, Mitbegründer der Krüppelinitiative, Bundespräsident Karl Carstens, Schirmherr der REHA 81, mit seiner Gehilfe vors Schienbein, um gegen die Mitleidsrede des Bundespräsidenten („Wir wollen Rechte, kein Mitleid“) zu protestieren. Rund 300.000 Menschen demonstrierten am 10. Oktober gegen den NATO-Doppelbeschluss.

Die Mitgliederversammlung wählt Anne Börner, Guido Hertel, Thomas Heyden, Ingrid Jost und Bernhard Scholten zum Vorstand. Die Diskussion um den Entwurf eines Psychotherapeutengesetzes bestimmt die Außenarbeit des Verbandes. Intern wird auf der MV eine Satzungsänderung beschlossen, damit die DGVT gemeinnützig werden kann; um dieses Ziel zu erreichen, muss sie die Ausbildung in und die Förderung der Verhaltenstherapie stärken, berufspolitische Aktivitäten sind aufzugeben. Die MV fordert den Vorstand auf, aus der EABT auszutreten. Aus den *Mitteilungen der DGVT* wird mit der Nummer 3/81 die Zeitschrift „*Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*“ (VPP). Die Zusammenarbeit der Kommissionen soll durch ein Gremientreffen, zu dem erstmals alle Kommissionen eingeladen werden, verbessert werden.

1982

Der 2. gemeinsam mit der GwG veranstaltete Kongress – dieses Mal mit dem Thema „Gemeindepsychologische Perspektiven“ – findet erneut an der FU Berlin statt. Die Mitgliederversammlung beschließt die Einberufung einer Kommission, die Reformen an der verbandsinternen Struktur der DGVT entwickeln soll. Für die Aus- und Weiterbildung wird der tätigkeitsfeldorientierte Ansatz als Ziel beschlossen; dies stößt auf Widerstand derer, die eine „klassische Verhaltenstherapie-Ausbildung“ mit dem Ziel einer Approbation (Zulassung zur Heilkunde) fordern. Die DGVT arbeitet weiter daran, eine *psychosoziale Koalition*“ mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, fortschrittlichen Sozial-, Ärzte- und Therapieverbänden zu entwickeln. Die Plattformverbände DGVT, DGSP und GwG beschreiben in der Denkschrift „*Psychosoziale Hilfen im regionalen Verbund – Analysen und Perspektiven zur Überwindung der Struktur- und Finanzkrise*“ Alternativen zur psychotherapeutischen Arbeit in Einzelpraxen. Das Thema „Arbeitslosigkeit“ gewinnt zunehmend an Bedeutung. Mit dem Verband der Berufs- und Arbeitspsychologen (VBAP) werden auf einer Tagung einerseits die allgemeinen *psychischen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit* thematisiert; andererseits geht es auch direkt um die Arbeitslosigkeit der psychosozialen Berufe.

Allgemeinpolitisch endet mit dem Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt im Oktober 1982 die sozialliberale Zeit, damit ist auch das Psychotherapeutengesetz vorläufig gescheitert. Bundeskanzler Helmut Kohl verspricht eine geistig-moralische Wende.

1983

Die allgemeinpolitische Lage ist geprägt durch die vorgezogene Bundestagswahl, in der CDU/CSU und FDP die Mehrheit der Stimmen erhalten und Helmut Kohl als Bundeskanzler bestätigt wird. Die GRÜNEN ziehen in den Deutschen Bundestag ein. In der Stahlindustrie gibt es Massenentlassungen. Mehr als 200.000 Menschen protestieren mit einer Menschenkette von über 100 km. Die geplante Volkszählung scheitert am Protest vieler und letztlich an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Die Mitgliederversammlung begrüßt die friedenspolitischen Aktivitäten der DGVT, koordiniert von Anne Börner, Vorstand, und Gerd Sommer, Marburg. Der Vorstand bestehend aus Anne Börner, Guido Hertel, Thomas Heyden, Ingrid Jost und Bernhard Scholten wird wiedergewählt. Die Mitgliederversammlung beschließt, dass sich die Kommissionen der DGVT mindestens einmal im Jahr treffen sollen. Die MV befürwortet die Einführung von Landesvertretungen. Der tätigkeitsfeldorientierte Ansatz in der Aus- und Weiterbildung wird mit knapper Mehrheit von der MV befürwortet.

13 Verbände aus der psychosozialen Versorgung, einer davon ist die DGVT als Initiator, veröffentlichen eine „Gemeinsame Stellungnahme zu den individuellen und sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit“. Verbandsintern wird diese Stellungnahme von der RDK massiv kritisiert.

Vom 16.-18. Juni treffen sich mehr als 1.200 Menschen aus dem psychosozialen Bereich zum 1. Friedenskongress „Bewußt-Sein für den Frieden“ in Dortmund. Der Kongress wurde von DGVT, GwG und DGSP organisiert.

1984

Die Arbeitskämpfe in der Metallindustrie gehen weiter, um Arbeitsplätze zu sichern, fordert die IG Metall die 35-Stunden-Woche. General Kießling wird wegen „erwiesener homosexueller Kontakte“ in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Ronald Reagan wird als US-Präsident bestätigt. Staatschef der UdSSR wird nach dem Tod von Juri Andropow Konstantin Tschernenko. Mehrere tausend Menschen aus der DDR versuchen über Botschaften in Warschau, Budapest und Prag in die BRD auszureisen. Erich Honecker sagt einen Besuch in der BRD ab.

Unter dem Thema „Wege aus der Krise?“ werden die politischen Themen auf dem DGVT-Kongress thematisiert. Auf der Mitgliederversammlung werden Eckhard Hömberg und Franz-Josef Löhr für Ingrid Jost und Thomas Heyden in den Vorstand gewählt, Anne Börner, Guido Hertel und Bernhard Scholten bleiben im Vorstand. Die Redaktionskommission wird vorzeitig abgewählt. Die Mitgliederversammlung beschließt die Einsetzung einer Arbeitslosenkommission, die sich insbesondere mit der Arbeitslosigkeit psychosozialer Berufsgruppen beschäftigen soll.

Mehrere Verbände aus dem Gesundheitswesen, u.a. auch die DGVT, laden als Alternative zum Deutschen Ärztetag für den 1.-7. Oktober zu einem Gesundheitstag nach Bremen ein. In Münster findet der 2. Friedenskongress psychosozialer Berufe statt. Der Ersatzkassenvertrag wird von den RVO-Kassen (AOK, BKK, IKK) übernommen. Der Vorstand diskutiert ein Umdenkender DGVT-Politik: Anerkennung der gesell-

schaftlichen Realitäten. Auf dem von den drei Plattformverbänden organisierten Tagung „Das gegliederte System der sozialen Sicherung“ werden die politischen Chancen zur Umsetzung der von den Verbänden vorgeschlagenen Alternativen zur Einzelpraxis intensiv diskutiert.

In der VPP gibt es die neue Rubrik „Dove DGVT?“ – Wohin DGVT?

1985

Ronald Reagan und Michail Gorbatschow, der nach dem Tod von Konstantin Tschernenko Generalsekretär der KPdSU wird, treffen sich in Genf, um über eine mögliche Abrüstung zu verhandeln. SPD und GRÜNE bilden in Hessen die erste rot-grüne Koalition. Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht am 8. Mai vom Tag der Befreiung. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz werden befristete Arbeitsverträge eingeführt mit dem Versprechen, dies würde die Arbeitslosenzahlen senken.

Die Zahl der Selbsthilfegruppen im bundesdeutschen Gesundheitswesen nimmt zu. Der Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V. wird von ca. 120 Angehörigen in Bonn gegründet. AIDS breitet sich in den USA und Europa aus.

Die DGVT diskutiert intensiv über ihren zukünftigen politischen Kurs. Der Ruf nach mehr Fachlichkeit wird lauter. Der Vorstand fördert die Ausbildung und Verhaltenstherapie durch die Schaffung regionaler Workshop-Tagungen, während die Aus- und Weiterbildungskommission weiter auf die tätigkeitsorientierte Fort- und Weiterbildung setzt. Auf der Mitgliederversammlung finden sich keine Kandidaten für den Vorstand, somit machen. Der Vorstand besteht somit weiter aus Anne Börner, Eckhard Hömberg, Guido Hertel, Franz-Josef Löhr und Bernhard Scholten.

Die DGVT wird zur Vorstandssitzung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (AOK) eingeladen, um seine Argumente gegen den Kassenvertrag Verhaltenstherapie vorzutragen. Der AOK-Vorstand beschloss daraufhin, den Vertrag (vorläufig) nicht abzuschließen, sondern stattdessen die Finanzierung alternativer Modelle zu untersuchen.

1986

In Tschernobyl/UdSSR explodiert das Reaktorgehäuse. Die Gefährlichkeit der Atomenergie wird offenkundig. UdSSR und USA betonen ihren Abrüstungswillen, Gorbatschow und Reagan treffen sich in Reykjavik. In Berlin werden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ zwei Menschen getötet und 230 zum Teil schwer verletzt. Die US-Regierung beschuldigt Libyen, den Anschlag begangen zu haben, deshalb bombardiert die US-Airforce Libyen und tötet mehr als 100 Menschen. In Ottawa/Kanada wird die UN-Charta zur Gesundheitsförderung verabschiedet.

Sozialpolitisch werden die Ergebnisse des großen Modellprogramms Psychiatrie diskutiert. Der DGVT-Kongress „Veränderter Alltag und klinische Psychologie“ wird von 1500 Menschen besucht. Im Zentrum des Kongresses und der Mitgliederversammlung steht die Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie die DGVT, die klinische Psychologie und die Psychotherapie mit den restaurativen Entwicklungen in Politik

und Gesellschaft umgehen soll. Gerhard Brückner, Eckhard Hömberg, Mareike Kleinmann, Claus Lotzenius und Ute Sonntag bilden den Vorstand. Die Aus- und Weiterbildungskommission (AWK) entwickelt ein „Baukastenmodell“ für die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Verhaltenstherapie. Auf dem Kongress gründet sich die „Arbeitsgemeinschaft Frauen in der Psychologie“.

1987

Die Vereinbarungen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) treten in Kraft. USA und UdSSR beginnen mit Abrüstungsverhandlungen in Genf. Gorbatschow kündigt die Perestroika auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU an. Erich Honecker besucht die BRD. Erstmals können Offiziere der Bundeswehr ein Manöver der Nationalen Volksarmee (NVA) beobachten. Rund 600 Menschen sterben in Westdeutschland an AIDS. Es beginnt eine kontroverse Debatte über den Umgang: Aufklärung und Prävention oder Meldepflicht, Zwangstests und Isolation. Im Ruhrgebiet gibt es Streiks und Massenproteste gegen die geplante Stilllegung von Zechen und Stahlwerke.

Die DGVT-Geschäftsstelle zieht von der Friedrichstr. in die Bethlestr. in Tübingen um und schafft ein EDV-System an. Die Regionaltreffen weiten sich aus. Die Föderation Deutscher Psychologinnenvereinigungen, legt ein Konzept zur Weiterbildung in klinischer Psychologie vor. Die AWK stellt der MV das von ihr entwickelte „Baukastenmodell zur Fort- und Weiterbildung in der DGVT“ vor. Die MV beschließt dieses Modell zu erproben. Zum Vorstand werden Manfred Beck, Gerd Brückner, Gabriele Elke, Steffen Fliegel und Claus Lotzenius gewählt. Erstmals nimmt die DGVT kritisch zur Asylpolitik der Bundesregierung Stellung. Zum Jahresende wird bekannt, dass die Bundesregierung an einem neuen Psychotherapeutengesetz arbeitet.

1988

USA und UdSSR verständigen sich auf erste Schritte zur atomaren Abrüstung. Die UdSSR lässt mehr als 30.000 deutschstämmige Menschen in die BRD ausreisen. Die UdSSR zieht sich aus Afghanistan zurück, der Bürgerkrieg zwischen der von der UdSSR unterstützten Regierung und den von den USA unterstützten Mudschahedden gehen weiter. Iran und Irak beenden nach acht Jahren den 1. Golfkrieg. Sozialpolitisch wird heftig über die Auswirkungen der Strukturreform im Gesundheitswesen, mit der die Selbstbeteiligung der Patienten deutlich erhöht wird. Die Bundesregierung will mit einem Gesundheitsreformgesetz (GRG) das Gesundheitswesen neu ordnen. Pflegekräfte streiken bessere Arbeitsbedingungen. Das Bundesverfassungsgericht fordert bei seiner Entscheidung über die Psychotherapie nach dem Heilpraktikergesetz eine gesetzliche Regelung des Psychotherapeutenberufes und stellt das Delegationsverfahren in Frage. Die Beratung beim Schwangerschaftsabbruch soll gesetzlich geregelt werden.

Die DGVT diskutierte mit rund 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf seinem Kongress, an dem sich die österreichische Arbeitsgemeinschaft für Verhaltensmodifikation (AVM) und die Schweizerische Gesellschaft für Verhaltenstherapie (SGVT) beteiligten, die „Widersprüche und Identitäten in der psychosozialen Praxis“. Zentrales Thema war der Umgang von Politik und Gesellschaft mit AIDS. Der Tagesspiegel

berichtete unter der Überschrift „Frauenfragen als ‚heimliches Leitthema‘“ vom DGVT-Kongress.

Das Thema Psychotherapeutengesetz wird aktuell. Gemeinsam mit DGSP, GwG und DPWV lädt die DGVT Politik, Krankenkassen und Verbände zu einer Fachtagung zur Psychotherapie-Gesetzgebung nach Königswinter ein. Das Gesundheitsministerium plant einen Forschungsauftrag zum Thema. Das Baukastenmodell zur Fort- und Weiterbildung wird in fünf Regionen mit jeweils 20 Teilnehmenden erprobt. Gleichzeitig schließt der Vorstand eine Kooperationsvereinbarung mit der Fern-Universität Hagen mit dem Ziel, eine gemeinsame Fort- und Weiterbildung anzubieten.

Auf der Grundlage eines Gutachtens wird die Geschäftsstelle reorganisiert. Geschäftsstelle und Verlag werden getrennt.

1989

Der „Fall der Mauer in Berlin“ prägt weltpolitisch dieses Jahr. Rund 850.000 Menschen kommen aus der DDR, UdSSR und anderen osteuropäischen Staaten nach Westdeutschland. Die Republikaner erhalten 7,5 Prozent bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, das Walter Momper mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN zum Regierenden Bürgermeister wählt. Die letzten Truppen der UdSSR verlassen Afghanistan, dort geht der Krieg weiter. Die UN-Kinderrechtskonvention wird verabschiedet, die BRD macht Vorbehalte zu den Rechten geflüchteter Kinder. Das Gesundheitsreformgesetz führt die unterschiedlichen Gesetze des Gesundheitswesens im Sozialgesetzbuch Fünf (SGB V) zusammen. Die Zuzahlungsregelungen werden erweitert, erste gesetzlichen Regelungen zu Prävention und Gesundheitsförderung. Die Expertenkommission der Bundesregierung zum Modellprogramm Psychiatrie legt ihre Empfehlungen zur Ausgestaltung der psychiatrischen Versorgung vor.

Die Mitgliederversammlung wählt Gerd Brückner, Gabi Elke, Steffen Fliegel, Claus Lotzenius und Cornelia Paulus in den Vorstand. Das Bundesgesundheitsministerium (BMJFFG) lädt Fachverbände zu einer Anhörung für ein Psychotherapeutengesetz ein. Die DGVT fordert eine psychotherapeutische Arbeit in Institutionen, deren Grundlage die multidisziplinäre Arbeit ist. Die freie Niederlassung soll Teil eines koordinierten psychosozialen Versorgungssystems werden. Das Gesundheitsministerium gibt ein Gutachten zu den offenen Fragen in Auftrag. Parallel dazu legt der Bundesausschuss Ärzte und Krankenkassen einen Entwurf zur Fortschreibung der Psychotherapie-Richtlinien um die Punkte Ausbildung, Ausbildungsorganisation und Ausbildungsinstitute vor. Die DGVT kritisiert die Einbindung der VT in das medizinische Krankheitsmodell und die geplanten privatwirtschaftlichen Strukturen in der Ausbildung.

Die gemeinsame Weiterbildung *Psychotherapie mit dem Schwerpunkt Verhaltenstherapie* von Fern-Universität Hagen und DGVT startet im Raum Münster. Weitere in den Regionen Heidelberg/Mannheim, Berlin, Hannover und Köln/Bonn/Düsseldorf folgen.

Die AG Frauen in der psychosozialen Versorgung thematisiert erstmals den sexuellen Missbrauch in der Psychotherapie. Die DGVT stellt einen Forschungsantrag zum

Thema beim BMJFFG. Die Frauen-AG organisiert eine Tagung zum Thema „Frauen und Rassismus“.

Die Umstrukturierung der Geschäftsstelle wird mit der Bildung von Referaten abgeschlossen. Waltraud Deubert leitet das Vorstandsreferat.

1990

Mit dem Beitritt der fünf ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland kommt es zur Wiedervereinigung. Der Irak überfällt Kuwait, dies führt zum 2. Golfkrieg. Oskar Lafontaine und Wolfgang Schäuble werden Opfer von Attentaten während des Bundestagswahlkampf. Mit der Freilassung von Nelson Mandela beginnt das Ende der Apartheid in Südafrika. Mit dem Schengener Abkommen öffnen sich die Binnengrenzen Europas.

Die WHO streicht Homosexualität aus dem ICD. Der Streik der Pflegekräfte endet mit einem eigenen Pflege-Tarifvertrag, der die finanzielle Situation der Pflegenden deutlich verbessert, aber die Arbeitsbedingungen nicht ändert. Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages legt Vorschläge für eine Strukturreform der sozialen Krankenversicherung unter Einbeziehung der positiven Elemente des DDR-Gesundheitswesens vor. Der Einigungsvertrag führt zur Angleichung des DDR-Gesundheitssystem an die bundesrepublikanischen Strukturen – Ambulatorien und Polikliniken werden durch Einzelpraxen abgelöst. Die Grenzen zwischen ambulanten und stationären Sektor werden verstärkt statt verkleinert.

Der DGVT-Kongress mit dem Thema „Leitsymptom: Gesundheit“ wird mit 1.700 Teilnehmenden einer der größten Kongresse in der bisherigen Geschichte der DGVT. Kurzfristig wird das Thema „Wiedervereinigung“ in den Kongress eingebaut. Erstmals können DDR-Bürgerinnen und -Bürger teilnehmen.

Peter Schulz wird auf der Mitgliederversammlung in Berlin für Gabi Elke in den Vorstand gewählt. Gerhard Brückner, Steffen Fliegel, Claus Lotzenius und Cornelia Paulus bleiben im Vorstand. In der Mitgliederversammlung wird über die politische Haltung und über die strategischen Möglichkeiten der DGVT bei der Psychotherapie-Gesetzgebung diskutiert. Das BMJFFG setzt eine Kommission zur Vorbereitung eines Psychotherapie-/Psychotherapeutengesetzes ein. Mitglied ist u.a. Klaus Grawe. Die Kommission wird unterstützt durch einen Beirat, in dem Steffen Fliegel die DGVT vertritt.

1991

UNO-Truppen unter Leitung der USA erobern Kuwait vom Irak zurück. Boris Jelzin wird erster gewählter Präsident Russlands und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), die die UdSSR ablöst. Mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens zerfällt Jugoslawien, der Balkan-Krieg beginnt mit der Zerstörung der kroatischen Stadt Vukovar. In Hoyerswerda kommt es zu rassistisch-motivierten Ausschreitungen, in Hünxe erleiden zwei libanesischen Kinder schwerste Verbrennungen durch einen Brandsatz.

Die verschiedenen Initiativen von Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung gründen den Bundesverband der Psychiatrie-Erfahrenen und ein Internationales Netzwerk der Psychiatrie-Betroffenen mit Vertretungen aus 16 Ländern.

Die vom BJFFG einberufene Kommission (Psychologen: Prof. Meyer, Hamburg, PD Dr. Richter, Hamburg, Prof. Grawe, Bern sowie Graf von der Schulenburg, Ökonom, Hannover, und Prof. Schulte, Jurist, München) legt ein Forschungsgutachten zu Fragen eines Psychotherapeutengesetzes vor.

Die DGVT beginnt das Jahr mit einem Hearing in Bonn zum Thema „Sexuelle Übergriffe in der Therapie – Kunstfehler oder Kavaliersdelikt?“. Es werden klare rechtliche Regelungen gefordert. In der Mitgliederversammlung werden Gerd Brückner, Cornelia Paulus, Ute Sonntag und Bernd Stefanides in den Vorstand gewählt, zu dem auch Peter Schulz gehört. Die Mitgliederversammlung beruft eine Ethik-AG, deren Aufgabe es ist, Ethik-Richtlinien für die DGVT zu erstellen.

1992

Mit der Belagerung von Sarajevos eskaliert der Balkankrieg. Die Zahl der Flüchtlinge steigt. In Rostock-Lichtenhagen wird die zentrale Aufnahmeeinrichtung vier Tage von Rechtsradikalen belagert, der Bundestag beschneidet das Grundrecht auf Asyl. Insgesamt fallen 17 Menschen dem rassistischen Terror zum Opfer. In Maastricht wird der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet. In den „neuen“ Bundesländern kommt es zu Massenentlassungen.

Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz wird der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen verstärkt, es werden eigene Budgets für ambulante und für stationäre Leistungen gebildet, die Leistungen der Krankenhäuser werden über Fallpauschalen (DRG-System) finanziert, die psychiatrischen Krankenhäuser und Abteilungen erhalten weiterhin tagesgleiche Vergütungssätze. Der Bundestag diskutiert die Empfehlungen der Expertenkommission zum Modellprogramm Psychiatrie. Die Diskussion um die Frage, wie Pflege zukünftig finanziert werden soll, beginnt. Das neue Betreuungsrecht löst das Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht ab.

Zum Kongress „Psychotherapie unter der Lupe“ kommen rund 2000 Menschen. Es bildet sich eine Arbeitsgemeinschaft „Rassismus und Antisemitismus in der psychosozialen Versorgung“. Auf der Mitgliederversammlung wird über die Bedeutung der Beratung diskutiert, die gleichberechtigt mit der Psychotherapie in der DGVT-Politik behandelt werden soll. Den Vorstand bilden wir um Vorjahr Gerd Brückner, Cornelia Paulus, Peter Schulz, Ute Sonntag und Bernd Stefanides. Die Mitgliederversammlung entscheidet mehrheitlich, dass die Abschlussfete des Kongresses nicht im Lichtenberger Congress-Centrum, dem ehemaligen STASI-Hauptquartier, sondern im Lichthof der TU Berlin, in dem auch der Kongress tagt, stattfinden soll.

Die Aus- und Weiterbildungskommission untersucht die selbstorganisierte Aus- und Weiterbildung in den bestehenden 172 Arbeitskreisen und vergleicht sie mit der Weiterbildung *Psychotherapie mit Schwerpunkt Verhaltenstherapie* der Fern-Universität Hagen, an der rund 400 Personen in 17 regionalen Weiterbildungskursen teilnehmen.

Fortsetzung folgt in VPP 4/2018